



Inhaltsverzeichnis

17.12.2025	Rotenburg-Bebraer Allgemeine: Wildeck lehnt Endlager-Suche ab	3
------------	---	---

Wildeck lehnt Endlager-Suche ab

Landkreis soll per Resolution aus Standortsuche für Atommüll herausgenommen werden

Wildeck – „Raus aus dem Suchverfahren“ – mit dieser Forderung hat die FWG die Endlager-Debatte in die Gemeindevertretung Wildeck geholt. Das Gremium befasste sich mit einer Resolution, die den Ausschluss des Landkreises Hersfeld-Rotenburg aus dem laufenden Standortauswahlverfahren für hoch radioaktive Abfälle verlangt. Die Positionen lagen teils weit auseinander, am Ende gab es eine Mehrheit.

Den Einstieg machte Dr. Kurt Schreiner, der darlegte, warum er die Region für ungeeignet halte. Er verwies auf die historische Entwicklung der Kernenergie und darauf, dass das Entsorgungsproblem lange verdrängt worden sei. Atommüll müsse über extrem lange Zeiträume sicher gelagert werden. „Der Mensch denkt in Sekunden, Minuten, vielleicht in Jahren – hier wird verlangt, über Zeiträume von einer Million Jahre nachzudenken“, sagte Schreiner.

Aus fachlicher Sicht seien für eine Endlagerung weltweit nur drei geologische Formationen im Gespräch: Salz, Ton und Granit. Für die Region komme allein Salz in Betracht. Gerade hier sah Schreiner jedoch Risiken. Er verwies auf Basaltgänge in Salzformationen als Hinweis auf früheren Vulkanismus. Zudem nannte er eingeschlossene CO₂-Blasen unter hohem Druck, die im Bergbau zu gefährlichen Situationen führen könnten.

Ein weiterer Punkt war für ihn der jahrzehntelange Kaliabbau. Es gebe große Hohlräume, Salz verforme sich unter Druck langsam, die Erdoberfläche könne absinken. In Kombination mit Fließgewässern wie der Werra und bestehenden Altlasten halte er ein Endlager hier für nicht verantwortbar. Auch

auf durch Bergbau ausgelöste Erdbeben ging Schreiner ein. Arbeitsplätze im Kalibergbau seien wichtig, sagte er, aus seiner Sicht wögen aber die geologischen Risiken schwerer.

Deutlich kritischer fiel die Wortmeldung von Martina Selzer (Grüne) aus. Sie bezeichnete den Antrag als populistisch und stellte infrage, ob eine einzelne Gemeinde überhaupt der richtige Absender für eine Resolution sei, die den gesamten Landkreis betreffe. Zugleich machte sie deutlich, dass die Endlagerfrage eine Folge jahrzehntelanger politischer Versäumnisse sei: Atomkraftwerke seien betrieben worden, ohne die Entsorgung ernsthaft zu klären.

Selzer betonte, dass kein Landkreis ein Endlager vor der eigenen Haustür wolle und sich überall Argumente gegen einen Standort finden ließen. „Es wäre für jeden beliebigen Landkreis leicht, Gründe zu finden, warum er nicht geeignet ist“, sagte sie. Gerade deshalb brauche es ein bundesweites, wissenschaftsbasiertes Auswahlverfahren. Den Antrag wertete sie als Ausdruck des sogenannten St.-Florians-Prinzips, bei dem Probleme grundsätzlich abgelehnt würden, solange sie andere trafen. Sie verwies dabei auch auf Schreiners Haltung zu Windkraftanlagen, die er aus ihrer Sicht in ähnlicher Schärfe kritisiere. Der aktuelle Stand für die Region sei offen, eine Eignung weder bestätigt noch ausgeschlossen. Dass Salz als Wirtsgestein favorisiert werde, liege an seiner Fähigkeit, Hohlräume über lange Zeiträume selbstständig zu verschließen. Auch das Erdbebenargument hielt sie für relativierbar.

Zudem äußerte Selzer grundsätzliche Zweifel daran, dass hochradioaktiver

Abfall überhaupt irgendwo dauerhaft sicher gelagert werden könne. Die Resolution lehnte sie ab, weil sie Verantwortung eher verlagere als übernehme. „Unsere Aufgabe als Kommunalpolitiker ist es, Verantwortung zu übernehmen und nicht Probleme auf andere abzuwälzen“, sagte sie.

Darauf reagierte Schreiner verärgert. Er wies den St.-Florians-Vorwurf zurück und kritisierte, dabei persönlich angegriffen zu werden, insbesondere durch den Verweis auf eine angebliche Windkraft-Gegnerschaft. Tatsächlich habe er selbst vor Jahren angestoßen, Standorte für Windräder in Wildeck zu prüfen.

Unterstützung für die Resolution kam schließlich von Edeltraud Kopschitz (CDU). Sie erklärte die Zustimmung der CDU-Fraktion und verwies auf eine schriftliche Stellungnahme der Bundesgesellschaft für Endlagerung, die der CDU-Bundestagsabgeordnete Wilhelm Gebhard vor einigen Wochen erhalten habe. Gebhard habe die BGE um Klärung zentraler Fragen gebeten, nachdem bekannt geworden sei, dass der Landkreis weiterhin als „optimales Gebiet“ im Standortauswahlverfahren geführt werde. Die CDU kündigte an, den Prozess weiter zu begleiten und den Wahlkreis zu informieren.

Am Ende stimmte die Gemeindevertretung der Resolution mehrheitlich zu: 12 Stimmen dafür, vier dagegen, zwei Enthaltungen. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, die Resolution an die Bundesgesellschaft für Endlagerung, die Hessische Landesregierung, den Landrat des Landkreises Hersfeld-Rotenburg sowie die IG BCE weiterzuleiten. MAXIMILIAN SCHALLER

Wörter:	655	Ausgabe:	Nebenausgabe
Seite:	3	Auflage ¹ :	4.497 (gedruckt)
Ressort:	Lokales		4.305 (verkauft)
Medienkanal:	PRINT		4.343 (verbreitet)
Mediengattung:	Tageszeitung	Reichweite ² :	0,0111 (in Mio)
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. (c) Rotenburg-Bebraer Allgemeine

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen